



Odenwald-Tauber-Ticker

+++ Erfeld: Die zwei letzten der fünf zulässigen Windräder werden 201
Ortschaftsrat tagte in Reinhardsachsen: Abschaffung der unechten Teilortswahl Thema

"Wir brauchen weiterhin einen Sitz im Stadtrat"

REINHARDSACHSEN. Die seit Wochen von Ortsteil zu Ortsteil schwappende Welle der Empörung über den gemeinsamen Antrag von SPD, DCB, FWV und WAL zur Abschaffung der unechten Teilortswahl hat nun auch Reinhardsachsen und Kaltenbrunn erreicht. Dies wurde am Freitag im Verlauf der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates in der ehemaligen Schule in Reinhardsachsen deutlich.

Zunächst ging es um die Formulierung der erforderlichen Stellungnahme des Gremiums. Als Diskussionsgrundlage hatte Ortsvorsteher Winfried Kister zuvor den Antrag der vier Fraktionen verlesen und die Hintergründe der im Jahr 1971 getroffenen Eingliederungsvereinbarung erläutert.

Als maßgeblichen Punkt für die Einführung der unechten Teilortswahl stellte Kister dabei das Bedürfnis eines garantierten Stimmrechts aufgrund der räumlichen Entfernung zur Kernstadt heraus. "An den Entfernungen hat sich nichts geändert.

Wir brauchen weiterhin einen Sitz im Stadtrat", bezog der Ortsvorsteher klar Stellung und wertete den Antrag gar als ersten Schritt auf dem Weg zur Abschaffung der Ortschaftsräte.

Getreu dem Motto "was damals wichtig war, ist heute noch genauso wichtig" plädierten auch die übrigen Ortschaftsräte für die Beibehaltung der unechten Teilortswahl als unverzichtbares Instrument der Mitbestimmung. Eine Abschaffung gelte es mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Um die Einwohner zu informieren, werde daher in Kürze ein Flyer verteilt und eine Unterschriftenaktion durchgeführt. Ebenso werde man bei der Bürgerversammlung am 20. November in Altheim Präsenz zeigen. Unabhängig davon müsse man im Falle einer Abschaffung auch die Angliederung an eine andere Gemeinde oder die Bildung einer gemeinsamen eigenständigen Höhengemeinde prüfen.

Entsprechend einstimmig fiel schließlich auch das Votum des Ortschaftsrates aus: Mit seiner Stellungnahme formuliert das Gremium das unverändert vorhandene Bedürfnis zur Beibehaltung der unechten Teilortswahl und fordert die Antragsteller auf, ihren Antrag zurückzuziehen. Große Rückendeckung für diese Haltung erfuhr der Ortschaftsrat anschließend während der Fragestunde durch zahlreiche Stellungnahmen aus den Reihen der Bürger. Durch die Bank als "politische Entmündigung und Absturz in die Bedeutungslosigkeit" wurde hier der Antrag aufgenommen. Demnach sei die Schwächung des Mitspracherechts nicht nur undemokratisch, sondern gefährde auch den

wichtigen direkten Informationsfluss aus der Kernstadt in die Ortsteile.

Auf deutlichen Unmut stieß auch der Zeitpunkt der Antragstellung, da der Bevölkerung nach der Wahl jede Möglichkeit genommen sei, selbst über den Antrag abzustimmen. Angesichts dieser Vorgehensweise könne man die angeführten Gründe nur als vorgeschoben ansehen, um die in Wahrheit parteipolitischen Motive der beteiligten Fraktionen zu verschleiern. Anstatt die eigentlichen Probleme anzupacken, sei so das Zusammenwachsen von Kernstadt und Ortsteilen unnötig um viele Jahre zurückgeworfen worden. rs

Fränkische Nachrichten

09. November 2009

Adresse der Seite:

http://www.fnweb.de/regionales/bu/wallduern/20091109_srv0000005003232.html